

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 176. Ratssitzung vom 29. November 2017**

### **3518. 2017/234**

**Weisung vom 12.07.2017:**

**Stadtentwicklung, Integrationsförderung, Umsetzung des städtischen Sprachförderkonzepts, Beiträge 2019–2022; Kontraktmanagement, Kredit zur individuellen Kostenrückerstattung für bestimmte Personen; Abschreibung Postulat GR Nr. 2014/272**

Antrag des Stadtrats

1. Zur Finanzierung von «Niveaukursen A1 bis B2» werden für die Jahre 2019–2022 jährliche Ausgaben von maximal Fr. 662 000.– bewilligt.
2. Zur Finanzierung von «zweisemestrigen Einstiegskursen A1» werden für die Jahre 2019–2022 jährliche Ausgaben von maximal Fr. 130 000.– bewilligt.
3. Zur Finanzierung von «Alphabetisierungs- und Nachalphabetisierungskursen» werden für die Jahre 2019–2022 jährliche Ausgaben von maximal Fr. 555 000.– bewilligt.
4. Zur Finanzierung von Deutschlernangeboten im Rahmen des «Sprachförderkredits» werden für die Jahre 2019–2022 jährliche Ausgaben von maximal Fr. 200 000.– bewilligt.
5. Zur Finanzierung von «individuellen Kostenrückerstattungen für Personen mit KulturLegi in städtisch subventionierten Deutschkursen» werden für die Jahre 2019–2022 jährliche Ausgaben von maximal Fr. 240 000.– bewilligt.

Unter Ausschluss des Referendums:

6. Das Postulat GR Nr. 2014/272 von Katharina Prelicz-Huber, Marcel Bührig und 12 Mitunterzeichnenden vom 3. September 2014 wird als erledigt abgeschrieben.

Referent zur Vorstellung der Weisung/ Kommissionmehrheit:

**Muammer Kurtulmus (Grüne):** *Das aktuelle Sprachförderkonzept entstand 2008 und wird seit 2009 von drei Departementen umgesetzt. Das Schul- und Sportdepartement ist für die Kurse ELDIS «Eltern lernen Deutsch in der Schule», das Sozialdepartement für die «Deutschkurse mit Kinderbetreuung» durch ECAP zuständig und das Präsidialdepartement verteilt den Sprachförderkredit durch die Integrationsförderung. Aufgrund veränderter rechtlicher Rahmenbedingungen und Verschiebungen beim Bedarf wurde das Konzept in den Jahren 2016 und 2017 überarbeitet. Das überarbeitete Konzept wurde im Juli 2017 vom Stadtrat genehmigt. Die wichtigste Änderung dabei ist, dass die Koordination und die Verantwortung der Deutschkurs-Angebote in Zukunft von der Integrationsförderung übernommen werden. Aus diesem*

*Grund werden die Sprachförderangebote vom Präsidentialdepartement und vom Sozialdepartement in dieser Weisung gemeinsam behandelt. Die mit dieser Weisung beantragten vier Kredite des Präsidentialdepartements und der beantragte Kredit des Sozialdepartements setzen das städtische Sprachförderkonzept 2019 um. Sie bedingen sich aber gegenseitig nicht. Über die verschiedenen Ausgaben muss deswegen einzeln und unabhängig voneinander beschlossen werden. Warum ist die Sprachförderung in Zürich notwendig und für wen ist sie gedacht? Zürich ist bekanntlich eine Einwanderungsstadt: 21 Prozent der Zürcher Wohnbevölkerung im Alter zwischen 15 und 64 Jahren haben Deutsch nicht als Hauptsprache. Acht Prozent der Zürcher Bevölkerung im erwerbstätigen Alter (25 600 Personen) benutzen im Alltag die deutsche Sprache nicht. Aus integrationspolitischer Sicht ist es enorm wichtig, dass die Fremdsprachigen möglichst früh für das Erlernen der deutschen Sprache motiviert werden. Das Sprachförderkonzept 2019 sieht ein vielseitiges und niederschwelliges Deutschangebot vor. Der Fokus liegt auf nicht-intensiven Alltagsangeboten mit maximal acht Lektionen pro Woche. Kernstücke fast aller städtischen Deutsch- und Alphabetisierungskurse sind die Parallelangebote der Kinderbetreuung. Das ist kostenintensiv und nur mit Subventionen realisierbar. Vielen Frauen in der Familienphase wird es aber so ermöglicht, Deutsch zu lernen. Ebenfalls bedeutsam ist die Ausrichtung des Sprachförderkonzepts auf Erwachsene mit wenig Schulerfahrung. 2016 haben etwa 180 Semesterkurse mit insgesamt 2000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern stattgefunden. Neun von zehn Teilnehmenden waren Frauen und viele Lernende waren zwischen 30 und 39 Jahre alt, nur wenige über 50-jährige nahmen teil. Die ersten vier Dispositivpunkte haben etwas Gemeinsames: Die Deutschkurse werden durch private Trägerschaften durchgeführt, die durch ein Submissionsverfahren bestimmt werden. Die Zielgruppe des ersten Dispositivpunkts sind Nichterwerbstätige und Teilzeiterwerbstätige, die die lateinische Schrift beherrschen, jedoch eine geringe formelle Bildungserfahrung haben. Auch hier ist die Kinderbetreuung ein Bestandteil. Diese Kurse finden an zwei Standorten mit fünf wöchentlichen Lektionen an zwei Wochentagen statt. Die Zielgruppe des zweiten Dispositivpunktes entspricht der des ersten, nur sind hier vor allem Frauen mit Kleinkindern angesprochen, die in ihrem Quartier einen Kurs besuchen wollen. Zielgruppe des dritten Dispositivpunkts sind Fremdsprachige, die die lateinische Schrift nicht oder ungenügend beherrschen. Dafür finden sieben bis acht wöchentliche Lektionen an zehn verschiedenen Standorten statt. Die Einstiegs- und Trainingskurse des vierten Dispositivpunktes wurden bisher vom Präsidentialdepartement über die Integrationsförderung aus dem städtischen Sprachförderkredit gehandhabt, was weiterhin der Fall sein wird. Auch mit diesem Dispositivpunkt wird ein Bedarf gedeckt und ein gut über die Stadt verteiltes Angebot unterstützt. Beim fünften Dispositivpunkt geht es um die in der Stadt wohnenden Kursteilnehmenden mit KulturLegi, also um die finanziell Schwächeren, denen die Kursgelder zurückerstattet werden, wenn sie beweisen können, dass sie während siebzig Prozent der Kurszeit anwesend waren. Gleichzeitig geht es um die Erfüllung des Postulats von Katharina Prelicz-Huber (Grüne) und Marcel Bührig (Grüne) und zwölf Mitunterzeichnenden. Dispositivpunkt 6 ist die formelle Abschreibung dieses Postulats. Der beantragte Gesamtbetrag entspricht etwa 1,5 Millionen Franken pro Jahr. Das kantonale Integrationsprogramm wird sich mit 0,8 Millionen Franken beteiligen, was einem Total von 2,3 Millionen Franken entspricht. Etwa 0,8 Millionen Franken werden*

von den Teilnehmenden erwartet. Damit entstehen die erwarteten Gesamtkosten für Deutschkurse von 3,2 Millionen Franken. Die Kommissionsmehrheit stimmt dem Antrag des Stadtrats in allen Punkten zu.

Kommissionsminderheit:

**Elisabeth Liebi (SVP):** Unsere Fraktion lehnt diese Weisung deutlich ab. Unseren Kindern wird in der Schule eigenverantwortliches Lernen und Handeln beigebracht. In der Lehre wird verlangt, dass sie Eigenverantwortung tragen sowie selbstständig und kompetent sind. Von den zugewanderten ausländischen Erwachsenen verlangt die Zürcher Regierung diese Eigenschaften nicht. Es kann nicht sein, dass wieder ein roter Teppich für alle ausländischen Zuwanderer ausgerollt wird. Die Stadt Zürich lebt ihre Willkommenskultur aus; selbstständiges Handeln, Denken und Umsetzen wird dabei nicht als Kriterium angesehen. Es darf nicht sein, dass auf dem Buckel unserer Steuerzahlenden jeglicher Nonsens finanziert wird. Jeder fünfte in der Stadt spricht nicht Deutsch als Hauptsprache. Das widerspricht der Aussage, dass eine Abnahme der Einstiegsurse belegt werden konnte. Die Niveaurourse hingegen steigen stets und verbleiben auf einem hohen Zahlenniveau. In jedem anderen Land muss man die Landessprache beherrschen oder in eigenem Interesse erlernen. Ohne die Sprache sind keine sozialen Kontakte möglich und keine Arbeitsstelle lässt sich finden. Eine Sprache zu lernen, ist heutzutage für die meisten keine finanzielle Frage: Die Sprachbücher befinden sich in einem tragbaren Preissegment; das Internet bietet diverse Möglichkeiten, Sprachen zu lernen, teilweise sogar gratis. Zusätzlich existiert eine Vielfalt von Angeboten von privaten Kursen in verschiedenen Preissegmenten. Es handelt sich also nicht um eine Frage des Finanziellen, sondern um eine Frage des Wollens und des Eigenengagements. Der jeweils eingebrachte Einwand bezüglich den Asylsuchenden gilt hier nicht, denn wir wissen, dass die meisten Asylgesuche abgelehnt werden: Es macht keinen Sinn, einen Deutschkurs zu finanzieren, der schlussendlich nicht mehr angewendet wird. Jeder, der in die Stadt Zürich einwandert, weiss, dass bei uns Deutsch gesprochen wird. Wer arbeiten will, muss die Sprache zwingend beherrschen oder in Eigeninitiative erwerben. Jeder ausländische Zugewanderte müsste obligatorisch die Sprache erlernen – auf eigene Kosten. So kann er später auf Arbeitssuche gehen und seinen Lebensunterhalt selber finanzieren. Dafür fehlt nun aber jeglicher Anreiz. Nach wie vor sprechen 21 Prozent der Bevölkerung nicht Deutsch als Hauptsprache. Die links-grüne Stadt bietet zwar jegliche finanzielle Hilfe, aber vielen Leuten ist die sprachliche Vollintegration weiterhin nicht wichtig. Jedem ausländischen Zuwanderer wird alles auf einem silbernen Tablett serviert. Die Zahlen der Weisung bezüglich der Veränderungen seit 2014 sprechen keine schöne Sprache: Es zeigt sich, dass das Ganze mit der Zuwanderung zu tun hat. Dieses Problem muss erst in den Griff bekommen werden, sonst werden weiterhin Steuergelder verprasst, statt punktuell und sinnvoll eingesetzt.

Weitere Wortmeldungen:

**Katharina Prelicz-Huber (Grüne):** Mit der Zustimmung des Postulats können Kurse bis und mit Niveau B2 auch für Leute in Armutsverhältnissen übernommen werden. Dass

sie einer Diskussion tatsächlich folgen und gewisse deutsche Texte verstehen können, dafür wird das Niveau B2 benötigt – auch für eine deutlich bessere Aussicht, eine Arbeitsstelle zu finden. Es handelt sich also um eine Massnahme, die der Wirtschaft hilft. Es kann nicht sein, dass man wegen einer Armutssituation nicht genügend Deutsch lernen kann. Das hat nichts mit fehlender Eigenverantwortung zu tun. Wenn aber der Lohn nicht reicht – und um diese Leute geht es in dieser Vorlage – um die Kosten selber zu tragen, sollte man nicht bestraft werden. Dass das eigene Budget nicht ausreicht, muss mit den Vermögens- und Einkommensverhältnissen nachgewiesen werden. Es geht nicht um die Leute, die keine Eigenverantwortung tragen wollen, sondern um die, die lernen wollen, aber aus finanziellen Gründen nicht können. Das sollte nicht als Nonsense bezeichnet werden. Ich bin froh, dass erkannt wurde, dass das Niveau B2 nötig ist. Leider ist nicht geklärt, was im Falle von sehr Interessierten und Lernwilligen gemacht werden kann, die Kurse bis und mit C2 besuchen wollen. Mit diesem Niveau werden schliesslich qualifizierte Weiterbildungen ermöglicht. Man hätte abklären können, was gemacht werden soll, wenn Leute, die es sich nicht selber finanzieren können, bis C2 weitermachen wollen. Gemäss Ausführungen der Sprachforschenden reicht das Niveau B2 nicht, um einen leicht komplizierten Text wirklich verstehen zu können. Selbstverständlich habe ich nichts gegen die Abschreibungen, würde mich aber freuen, wenn diese Frage geklärt werden kann.

**Stefan Urech (SVP):** Ich bin halb Spanier, wuchs mit spanischen Emigranten auf. Ich empfehle den Rot-Grünen, sich in die Lebenswelt der Einwanderer zu begeben, beispielsweise in den Club Iberia am Albisriederplatz, um dort einen Fussballmatch zu schauen. Dort finden sich viele Leute, wie Spanier, die seit vielen Jahren in der Schweiz leben und oft einfacheren Berufen wie Maurer nachgehen. Einige sprechen sehr gut deutsch andere können es nach dreissig Jahren in der Schweiz noch nicht. Kein noch so grosser finanzieller Aufwand wird etwas daran ändern: Wer eine Sprache lernen will, kann das auch. Mein Götti wanderte im Alter von 14 Jahren aus Andalusien ein und konnte sich ohne Sprachkurse oder Integrationsförderungsmaßnahmen integrieren. Er hat Deutsch gelernt, indem er sich an meine Mutter wandte und sie um Hilfe bat. Ich bin mir sicher, dass es genügend andere Schweizer gibt, die freiwillig beim Deutschlernen helfen würden. Und wenn das nicht möglich ist, bietet das Internet genügend Möglichkeiten: Auf Youtube lassen sich umfangreiche Deutschkurse en masse finden. In allen Asylzentren mussten wir WLAN installieren, damit, so die Begründung, gratis Online-Deutschkurse benutzt werden können – jetzt gilt das plötzlich nicht mehr. Auch als Lehrer appelliere ich an Sie: Wenn kein Eigenwille vorhanden ist, helfen die besten Lehrbücher nichts.

**Derek Richter (SVP):** Ein fundamentaler Irrtum liegt vor: Die Annahme, dass Integration eine Bringpflicht von uns ist und keine Holpflicht, ist fundamental falsch. Im Punkt drei der Vorlage sind Alphabetisierungs- und Nachalphabetisierungskurse aufgeführt. Uns wurde versprochen, dass Fachkräfte kommen; Fachkräfte haben zumindest Grundkenntnisse und können rechnen, schreiben und lesen. Offensichtlich ist das nun nicht der Fall und mit viel Geld will man den roten Teppich auslegen und dabei keine Leistung verlangen. Das ist verheerend und falsch. In kein Land der Welt kann ungeniert ohne Vorwissen und ohne Integrationswillen gezogen werden. Die Schweiz sollte eine

*Ausschaffungskultur einführen, statt die Willkommenskultur zu pflegen.*

**Duri Beer (SP):** *Sprache ist ein Schlüssel, mit dem man sich in eine Gesellschaft integrieren, sich in ihr bewegen und sie verstehen kann; vor allem kann man mitmachen und Probleme lösen. Die Sprachförderungskonzepte der Stadt Zürich sind vorbildlich für die ganze Schweiz. Sie richten sich an die Leute, die Sprachförderung brauchen und froh um Unterstützung sind. In den letzten Jahren nutzten jährlich 1400 bis 2000 Teilnehmende das Angebot. Die Nachfrage ist relativ gross. Heute wurde auch dargelegt, dass ein Markt existiert. Die Leute beteiligen sich selbst, melden sich für die Kurse an und können selbst zahlen. Es liegt wohl auch in der Natur der Sache, dass die angesprochenen Leute nicht über das entsprechende Einkommen oder Vermögen verfügen, um die Kurse bezahlen zu können. Da zeigt sich ein deutliches Marktversagen: Es gibt Menschen, die Kinder haben und alleine sind und deshalb auf Kinderbetreuung angewiesen sind, während sie Deutsch lernen. Es ist schwierig, mit einem Computer zu kommunizieren und nur mit ihm eine Sprache zu lernen. Als ehemalige Lehrperson weiss ich, dass das Lernen einer Sprache einen zutiefst sozialen Aspekt hat und auf Interaktionen zwischen Menschen basiert. Darum sind diese Sprachkurse viel wirkungsvoller, als Kurse am Computer. Auch haben nicht alle Zugang zu einem Computer. Es existiert ein Marktversagen, wobei die Stadt Zürich Unterstützung durch kostengünstige Kurse anbietet. Das Angebot kann nur von denen genutzt werden, die den Willen haben: Sie müssen nachweisen können, dass sie siebzig Prozent des Kurses besucht haben. Die SP steht hinter dieser Sprachförderung und ist stolz, dass die Stadt Zürich eine Vorbildfunktion einnimmt.*

**Isabel Garcia (GLP):** *Die GLP unterstützt die hier vorgestellte Sprachförderung. Es geht eigentlich um eine Ergänzung der vielen auf dem freien Markt zugänglichen Sprachkurse. Die meisten, die hierherkommen und die Sprache lernen wollen, nutzen diese Kurse. Beim ergänzenden Angebot geht es um die zehn bis fünfzehn Prozent, die sich nicht im allgemeinen Markt bewegen, teilweise aufgrund der Herkunft oder der Vorbildung. In diesem Bereich erkennen wir eine Aufgabe der Stadt: Diese Leute sind hier und werden mehrheitlich hier bleiben. Es ist bedauerlich, dass es viele Leute gibt, die schon lange hier leben und die Sprache nicht beherrschen. Auch ich als Halbspanierin kenne diese Communitys mit Leuten, die während mehreren Jahrzehnten kein Spracherwerb betrieben und Deutsch nicht beherrschen. Aus GLP-Sicht handelt es sich um ein Versäumnis nicht nur dieser Personen, sondern in gewisser Weise auch um eines der aufnehmenden Gesellschaft. Vor dreissig, vierzig Jahren gab es keine solche Angebote, das Resultat davon ist nun sichtbar. Das vorgelegte Sprachkonzept zeugt auch davon, dass wir aus der Vergangenheit gelernt haben. Dem Dispositivpunkt 5 liegt ein Postulat zugrunde, das damals von unserer Fraktion nicht unterstützt und kontrovers intern diskutiert wurde. Diese Diskussion hat sich mittlerweile weiterentwickelt: Dass der Stadtrat vorschlägt, das Vorliegende umzusetzen, halten wir für eine sinnvolle Option. Wir glauben, dass die angesprochenen Personen mehrheitlich motiviert sind und wir glauben an die positive Kraft der Einzelnen, die hierherkommen und sich integrieren wollen und sagen darum sechs Mal Ja.*

**Samuel Balsiger (SVP):** Die Linken haben recht: Der Schlüssel ist, dass die Menschen soziale Kontakte haben und dass Interaktionen stattfinden, damit die Kultur und Sprache des Landes gelernt werden kann. Wenn jemand Interesse an der Gesellschaft des Einwanderungslandes hat, werden soziale Kontakte geknüpft und Interaktionen finden statt. Durch Gespräche mit Nachbarn und anderen Leuten wird die Kultur und die Sprache kennengelernt, wobei man auch sprachlich korrigiert wird. Das funktioniert aber nur, wenn man wirklich Interesse hat. Diese Interaktionen sind der Schlüssel zum Erfolg: Wer kein Interesse zeigt, sich mit den Nachbarn zu unterhalten und zu fragen, wie die Gesellschaft funktioniert, braucht ein staatliches Angebot, das versucht, die Fehler der Einwanderer zu beheben. Der Grundsatz stimmt zwar, aber diese linke Logik funktioniert nicht. Stelle man sich vor, die USA hätten die Einwanderer im 19. und 20. Jahrhundert mit einem sozialistischen Auffangnetz aufgenommen: Sie wären nicht die erfolgreiche Weltmacht von heute. Die Einwanderer mussten aus Eigenantrieb ihr Überleben sichern. Ein solches Streben nach einem besseren Leben wird den Leuten weggenommen, wenn man ihnen alles zur Verfügung stellt. Den Menschen wird die Chance auf ein erfülltes und besseres Leben genommen, wenn man ihnen im Sinne des Sozialismus ein einfaches, niederschwelliges Angebot offeriert. Der Wille, mehr erreichen zu wollen, wird ihnen weggenommen, die Menschen werden nicht befreit, sie werden in eine tiefe Schublade gesteckt, was durch und durch asozial ist.

**Muammer Kurtulmus (Grüne):** Es ist nicht so, dass wenn man Menschen unterstützt, sie sich daran gewöhnen und nachher nichts mehr von sich aus machen. Wir als Gemeindepolitiker haben die Aufgabe, für die Leute, die hier für Deutschkurse animiert werden, zu schauen und ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Diese Leute werden durch den Deutschkurs nicht zu völlig anderen Menschen, aber sie werden besser in der Lage sein, an der Gesellschaft zu partizipieren. Es gibt Menschen, die nach dreissig oder fünfzig Jahren das nicht können, das wird es immer geben. Aber das ist kein Grund für einen Verzicht. Es ist nicht das Ziel, dass alle Deutsch können, sondern dass viele Interessierte, die den Willen haben, profitieren können. Es sind grundsätzlich finanziell schwächere Menschen angesprochen. Wir sollen uns für die Benachteiligten verantwortlich sehen und die Schwachen unterstützen. Es geht hier überdies nicht um die Asylsuchenden.

**Karin Weyermann (CVP):** Wir stehen klar hinter dem Sprachförderkonzept und werden die Dispositivziffern 1 bis 4 unterstützen. Wie die GLP hat die CVP damals das Postulat zur individuellen Kostenrückerstattung abgelehnt. Anders als die GLP sind wir heute noch der Meinung, dass es dieses Angebot nicht braucht und bereits Lösungen existieren, was die Dispositivziffer 5 überflüssig macht. Mit diesem Betrag werden die Sozialhilfeempfänger mitgerechnet; wir sind der Meinung, dass es heute mit den situationsbedingten Leistungen der Sozialhilfe bereits möglich ist, als Sozialhilfeempfänger Deutschkurse zusätzlich finanziert zu kriegen. Deshalb lehnen wir die Dispositivziffer 5 ab, stimmen aber sonst der Weisung zu.

**Dr. Jean-Daniel Strub (SP):** Mit den Deutschkursen leisten wir einen Beitrag für die Menschen, die darauf angewiesen sind und unsere Sprache nicht beherrschen. Wir geben ihnen die Möglichkeit, die Voraussetzung für die Teilnahme am gesellschaftlichen

*Leben zu erwerben. Eine wichtige Form davon ist das Teilhaben am Arbeitsprozess. Man sollte die Leute in ihren Fähigkeiten, Interessen und ihrer intrinsischen Motivation, die Sprache zu lernen und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, sehr ernst nehmen. Mit dem Angebot wird der Ansatz verfolgt, einen Anreiz zu schaffen: Niemand wird hineingezwungen. Innerhalb des Angebots soll durch Finanzierung ermöglicht werden, dass Mütter, oder Eltern insgesamt, die Deutschkurse besuchen können, während gleichzeitig ihre Kinder betreut werden. Die anreizorientierten Systeme werden mit Erfolg umgesetzt. Die USA sind kein leuchtendes Beispiel für eine Gesellschaft, in der es allen gelingt, Integration und Wohlstand zu finden. Aufgrund des komplett fehlenden sozialen Netzes geht es vielen schlecht, so haben sie kein Krankenversicherungssystem, das den Namen verdient. Für den Inhalt dieser Weisung sind die USA ein sehr schlechtes Beispiel. Ich bedaure, dass die CVP der Dispositivziffer 5 nicht zustimmen will: Es ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich, dass der letzte qualifizierende Schritt auf das sprachlich zu erreichende Niveau (beispielsweise durch die Sozialhilfe) finanziert werden kann – auch nicht auf individueller Basis. Das zeigt auch ein Beispiel aus meinem Bekanntenkreis: Der Eintritt in eine sinnvolle Pflegeausbildung gelingt nicht, weil der letzte Schritt des sprachlichen Niveaus nicht nachgewiesen werden kann, weil die Finanzierung fehlt. Was heute nicht möglich ist, erlaubt die Dispositivziffer 5. Deshalb appelliere ich für ein Ja.*

**Dubravko Sinovcic (SVP):** *Ich wurde in der Schweiz geboren, stamme aber aus einem nicht-schweizerischen Kulturkreis, in dem meine Eltern nie deutsch gesprochen haben. Sie haben nie einen Deutschkurs besucht, können sich aber auf Deutsch verständigen und Formulare ausfüllen. Das gelingt ohne Probleme: Sie haben nie einen gratis Deutschkurs in Anspruch genommen, sondern haben sich angestrengt und die Sprache gelernt – das ist einem Einwanderer zuzumuten. In dieser Diskussion werden wir keinen Konsens finden: Ihr heisst alle willkommen und wollt dafür sorgen, dass sie sich wohlfühlen. Wir glauben, dass sie sich selbst mit unseren Werten und kulturellen Gegebenheiten auseinandersetzen, sich anpassen und integrieren müssen.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

**STP Corine Mauch:** *Gute Deutschkenntnisse sind für die wirtschaftliche und soziale Integration wichtig, weshalb viele Fremdsprachige in der Stadt Zürich Deutsch lernen. Viele sind auf Kurse angewiesen und greifen auf das Angebot des privaten Markts zurück. Es leben aber auch Leute in der Stadt, die nur sehr wenig oder ungenügend gut Deutsch können, um in unserer Gesellschaft bestehen zu können. Unter diesen gibt es viele, die ihre Deutschkenntnisse verbessern möchten, aber aus unterschiedlichen Gründen keinen Zugang zu den Kursen der privaten Anbieter oder zum Internet haben. Deshalb subventioniert die Stadt – gezielt – Deutschkurse, die die bestehenden Angebote ergänzen, beispielsweise mit Kursen, die Kinderbetreuung anbieten. Die Stadt macht das seit 2009 auf Basis eines Konzepts, das in der Praxis erfolgreich umgesetzt wurde und insbesondere vielen Frauen, die dafür sonst keine Möglichkeiten haben, das Deutschlernen ermöglicht. Es ist falsch, zu behaupten, dass keine Anforderungen gestellt werden: Nur mit dem Nachweis eines vollständigen Kursbesuchs wird ein Teil der Gebühr zurückerstattet. Damit wird Anreiz geschaffen und Anforderungen werden*

8 / 11

*gestellt. Das städtische Sprachförderungskonzept wurde wegen Verschiebungen in der Nachfrage und veränderten Rahmenbedingungen überarbeitet. Das neue Konzept tritt 2019 in Kraft. Es beinhaltet vier Förderbereiche, die von der Integrationsförderung öffentlich ausgeschrieben werden. Wegen der öffentlichen Ausschreibung wird die Weisung so früh behandelt; die Finanzmittel müssen schon heute beantragt werden. Die Leistungsvereinbarung mit dem Kanton zur Umsetzung des kantonalen Integrationsprogramms liegt unterdessen zur Unterschrift bereits vor. Deshalb ist bekannt, dass die beantragten Mittel für die Realisierung der Deutschkurse von 1,5 Millionen Franken pro Jahr mit knapp 850 000 Franken ergänzt werden. Zusammen mit den Beiträgen der Teilnehmenden wird ein Kursvolumen von insgesamt 3,18 Millionen Franken ermöglicht. Mit den vier vom Stadtrat beantragten Krediten für die Kursfinanzierungen wird eine wichtige und gute Investition in die Stadt ermöglicht. Auch zukünftig ermöglicht sie die Umsetzung einer kohärenten und das private Angebot ergänzenden Sprachförderung, von der pro Jahr 1800 Personen profitieren können. Letztlich sind es nicht nur die 1800 Kursbesuchenden, die profitieren, sondern wir alle, die ganze Gesellschaft. Ich bitte, den vier Krediten und auch dem fünften beantragten Kredit zuzustimmen, der die zielführende Umsetzung eines gemeinderätlichen Postulats ermöglicht und verhindert, dass Armut ein Grund sein soll, dass jemand nicht Deutsch lernen kann.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit:	Muammer Kurtulmus (Grüne), Referent; Präsidentin Isabel Garcia (GLP), Vizepräsident Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Duri Beer (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Heidi Egger (SP), Markus Merki (GLP), Mark Richli (SP)
Minderheit:	Elisabeth Liebi (SVP), Referentin; Dr. Daniel Regli (SVP)
Enthaltung:	Christian Huser (FDP), Rosa Maino (AL), Severin Pflüger (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 20 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

9 / 11

Mehrheit: Muammer Kurtulmus (Grüne), Referent; Präsidentin Isabel Garcia (GLP), Vizepräsident Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Duri Beer (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Heidi Egger (SP), Markus Merki (GLP), Mark Richli (SP)  
Minderheit: Elisabeth Liebi (SVP), Referentin; Dr. Daniel Regli (SVP)  
Enthaltung: Christian Huser (FDP), Rosa Maino (AL), Severin Pflüger (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 20 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 3.

Mehrheit: Muammer Kurtulmus (Grüne), Referent; Präsidentin Isabel Garcia (GLP), Vizepräsident Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Duri Beer (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Heidi Egger (SP), Markus Merki (GLP), Mark Richli (SP)  
Minderheit: Elisabeth Liebi (SVP), Referentin; Dr. Daniel Regli (SVP)  
Enthaltung: Christian Huser (FDP), Rosa Maino (AL), Severin Pflüger (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 20 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 4

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 4.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 4.

Mehrheit: Muammer Kurtulmus (Grüne), Referent; Präsidentin Isabel Garcia (GLP), Vizepräsident Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Duri Beer (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Heidi Egger (SP), Markus Merki (GLP), Mark Richli (SP)  
Minderheit: Elisabeth Liebi (SVP), Referentin; Dr. Daniel Regli (SVP)  
Enthaltung: Christian Huser (FDP), Rosa Maino (AL), Severin Pflüger (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 19 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 5

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 5.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 5.

10 / 11

Mehrheit: Muammer Kurtulmus (Grüne), Referent; Präsidentin Isabel Garcia (GLP), Vizepräsident Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Duri Beer (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Heidi Egger (SP), Markus Merki (GLP), Mark Richli (SP)  
Minderheit: Elisabeth Liebi (SVP), Referentin; Dr. Daniel Regli (SVP)  
Enthaltung: Christian Huser (FDP), Rosa Maino (AL), Severin Pflüger (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 46 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 6

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 6.

Zustimmung: Muammer Kurtulmus (Grüne), Referent; Präsidentin Isabel Garcia (GLP), Vizepräsident Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Duri Beer (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Heidi Egger (SP), Christian Huser (FDP), Elisabeth Liebi (SVP), Markus Merki (GLP), Severin Pflüger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Mark Richli (SP)  
Enthaltung: Rosa Maino (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 119 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Zur Finanzierung von «Niveauekursen A1 bis B2» werden für die Jahre 2019–2022 jährliche Ausgaben von maximal Fr. 662 000.– bewilligt.
2. Zur Finanzierung von «zweisemestrigen Einstiegskursen A1» werden für die Jahre 2019–2022 jährliche Ausgaben von maximal Fr. 130 000.– bewilligt.
3. Zur Finanzierung von «Alphabetisierungs- und Nachalphabetisierungskursen» werden für die Jahre 2019–2022 jährliche Ausgaben von maximal Fr. 555 000.– bewilligt.
4. Zur Finanzierung von Deutschlernangeboten im Rahmen des «Sprachförderkredits» werden für die Jahre 2019–2022 jährliche Ausgaben von maximal Fr. 200 000.– bewilligt.
5. Zur Finanzierung von «individuellen Kostenrückerstattungen für Personen mit KulturLegi in städtisch subventionierten Deutschkursen» werden für die Jahre 2019–2022 jährliche Ausgaben von maximal Fr. 240 000.– bewilligt.

Unter Ausschluss des Referendums:

6. Das Postulat GR Nr. 2014/272 von Katharina Prelicz-Huber, Marcel Bührig und 12 Mitunterzeichnenden vom 3. September 2014 wird als erledigt abgeschrieben.

11 / 11

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 6. Dezember 2017 gemäss  
Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 5. Januar 2018)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat